

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/024(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 14.12.2007	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:30Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 26. 10. 2007 und der ao. Sitzung vom 14. 11. 2007

Öffentliche Sitzung

- 5 Anträge
- 5.1 Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben
Vorlage: A0080/07
FDP-Fraktion

- 5.1.1 Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben
Vorlage: S0237/07
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 5.2 Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von
Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: A0163/07
FDP-Fraktion
- 5.2.1 Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von
Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: A0163/07/1
SPD-Fraktion
- 5.2.2 Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von
Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: S0234/07
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 5.3 B-Plan-Auslegung im Internet
Vorlage: A0151/07
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.3.1 B-Plan-Auslegung im Internet
Vorlage: A0151/07/1
Ausschuss StBV
- 5.3.2 B-Plan-Auslegung im Internet
Vorlage: S0238/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.4 Übersicht Umsetzung Stadtratsbeschlüsse
Vorlage: A0129/07
FDP-Fraktion
- 5.4.1 Übersicht Umsetzung Stadtratsbeschlüsse
Vorlage: S0242/07
BE: Oberbürgermeister
- 5.5 Ehrung für Sophie und Hans Scholl
Vorlage: A0117/07
Regina Frömert und Oliver Müller
Fraktion DIE LINKE

- 5.5.1 Ehrung für Sophie und Hans Scholl
Vorlage: A0117/07/1

CDU-Fraktion
- 5.5.2 Ehrung für Sophie und Hans Scholl
Vorlage: S0244/07

BE: Oberbürgermeister
- 5.6 Teilnahme am Pilotprojekt "Behördenrufnummer 115"
Vorlage: A0148/07

Fraktion future! - die jugendpartei
- 5.6.1 Teilnahme am Pilotprojekt "Behördenrufnummer 115"
Vorlage: A0148/07/1

FDP-Fraktion
- 5.6.2 Teilnahme am Pilotprojekt "Behördenrufnummer 115"
Vorlage: S0239/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Beschlussvorlagen und Informationen
- 6.1 Satzung über das Verhalten im Alten Rathaus
Vorlage: DS0529/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.1.1 Satzung über das Verhalten im Alten Rathaus
Vorlage: DS0529/07/1

Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten
- 6.2 Einführung leistungs- und/oder erfolgsorientierter Entgelte nach § 18
TVöD - gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungssicherung
Vorlage: I0212/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden
Vorlage: I0312/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.4 Sachstand Ehrenamtspass - "Magdeburger FreiwilligenPass"
Vorlage: I0311/07

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

- 6.5 Konzept für eine Bürgerbeteiligung am Haushaltsplanungs- und Haushaltsaufstellungsprozess in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0451/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

In **Ergänzung der Tagesordnung** liegt die

DS0581/07 – Personalangelegenheit

als **TOP 9.1** nicht öffentlich vor.

Der **TOP 6.2 – I0212/07** – Einführung erfolgsorientierter Entgelte nach § 18 TVöD ...

wird von der heutigen Tagesordnung **abgesetzt**.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 26. 10. 2007 und der ao. Sitzung vom 14. 11. 2007

Die Niederschriften werden von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen und ohne Nein-Stimmen bestätigt.

Öffentliche Sitzung

5. Anträge

5.1. Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben Vorlage: A0080/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, führt aus, dass für seine Fraktion die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung als zufriedenstellend betrachtet wird, da bereits die entsprechenden Kontakte bestehen. Diese sollten zukünftig weiter entwickelt werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt bestehende Kontakte und informiert, dass bereits erste Ideen für ein gemeinsames Industrie- und Gewerbegebiet entwickelt wurden.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert, dass sowohl im Ausschuss RWB als auch im Ausschuss FG die Beschlussfassung empfohlen wurde. Die Empfehlung erfolgte unter Beachtung einer redaktionellen Änderung des Beschlusstextes. Demnach sollen die Worte „entwickeln kann“ durch „entwickeln könnte“ ersetzt werden.

Im Weiteren regt er an Überlegungen anzustellen, ob als Argument für die Entwicklung eine entsprechende Ausgleichsfläche im Bereich der Mercedes-Niederlassung gegenüber den infrage kommenden Flächen angeboten werden könne.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass er im Ausschuss RWB kein positives Votum zum Antrag abgegeben hat und begründet seine Haltung. Nach seiner Auffassung sollte z.B. darüber geredet werden, wie bereits erschlossene Gebiete besser vermarktet werden können. Seitens des Landes sei kaum noch die Bereitstellung von GA-Mitteln zu erwarten, um neue Flächen erschließen zu können. Voraussetzung hierfür sei, dass potentielle Investoren ihr Interesse bekunden würden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über die Thematisierung dieser Problematik in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt. Insbesondere führt er aus, dass bzgl. des Verfahrens zur Ansiedlung eines Glaswerkes in Sachsen-Anhalt seitens des Wirtschaftsministeriums entsprechende Schlussfolgerungen gezogen wurden, speziell im Süden des Landes mehr finanzielle Mittel zur Flächenentwicklung bereitzustellen.

Der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta legt dar, dass die Fläche Barleber Grund zukünftig eine Industrieansiedlungsfläche sein wird und informiert, dass bereits eine Investorenanfrage vorliegt, die Entwicklungsmöglichkeiten für diese Flächen zu untersuchen. Sollte sich der Investor für diesen Standort entscheiden, können auch erforderliche Fördermittel bereitgestellt werden.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, verweist darauf, dass der Antrag seiner Fraktion nicht unbedingt die Entstehung eines neuen Gebietes zum Inhalt hat. Es können durchaus Gebiete sein, die schon vorhanden sind und weiterentwickelt werden können.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt, unter Beachtung der redaktionellen Änderung, mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0080/07 in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

5.2. Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von
Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: A0163/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

Herr Dr. Puchta verweist im Sinne der Stellungnahme auf den Nutzen von Kontakten zu Investoren und Kooperationspartnern und ergänzend auf die schon bestehenden Kontakte des Netzwerks MAHREG zum Motopark Oschersleben

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, begründet das Anliegen des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht darauf aufmerksam, dass seitens des Oberbürgermeisters keine Benennung oder Beauftragung eines Stadtrates erfolgen kann und unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass eine Beauftragung des Oberbürgermeisters durch eine Fraktion entsprechend des Antrages A0163/07 ebenfalls nicht möglich sei.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, bezeichnet die Kontaktaufnahme zwischen Vertretern der Stadt und Vertretern der Wirtschaft als Selbstverständlichkeit und legt seine Auffassung dar, dass hierfür das Dezernat für Wirtschaft die entsprechenden Mitarbeiter hat. Er hält den 1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion für entbehrlich.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich dafür aus, eine Kontaktaufnahme im Sinne des Antrages auszuprobieren, hält jedoch die Entsendung eines *ständigen* Vertreters für nicht erforderlich.

Im Ergebnis der geführten Diskussion unterbreitet er den Vorschlag, einen entsprechenden Änderungsantrag des Verwaltungsausschusses zum Antrag A0163/07 einzubringen, um Absatz 2 des Antrages zu modifizieren.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vertreter der Stadt Magdeburg zu benennen und diesen zu den Gesprächen der Vertreter der Automobilwirtschaft, wenn immer möglich, zu entsenden.

Mit dieser Beschlussempfehlung erfolgte keine Abstimmung mehr zum Antrag A0163/07 der FDP-Fraktion sowie zum Änderungsantrag A0163/07/1 der SPD-Fraktion.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

5.3. B-Plan-Auslegung im Internet Vorlage: A0151/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Abt. Verbindliche Bauleitplanung im Stadtplanungsamt Herr Olbricht teil.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, informiert über die Diskussion im Ausschuss StBV zum Antrag. Im Ergebnis der Diskussion wurde Übereinstimmung erzielt, auf der Grundlage der Bereitstellung der B-Pläne im Rahmen des Projektes „mandatos“ zunächst erst einmal abzuwarten, wie praktikabel sich dieses Verfahren darstellt. Er informiert über einen diesbezüglichen Änderungsantrag des Ausschusses StBV vom 13. 12. 2007.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet das Anliegen des Antrages mit der Zielstellung der Aufwandsminimierung. Wenn B-Pläne im Internet für interessierte Bürger bereitgestellt werden, sollte diese Bereitstellung keinen zusätzlichen finanziellen Aufwand (Gebühren) verursachen.

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, schließt sich der Auffassung des Stadtrates Stern bzgl. der Berücksichtigung der Gebührenproblematik für entsprechende Dienstleistungen des Stadtplanungsamtes an.

Herr Olbricht verweist auf technische Lösungen mit Einführung des Projektes „mandatos“ und darauf, dass auf Grund der technischen Entwicklung zukünftig die Bereitstellung von B-Plänen im Internet erfolgen wird. Im Weiteren geht er auf den Aspekt ein, dass die Regelungen des BauGB es zulassen, zusätzlich das Beteiligungsverfahren mit elektronischen Medien zu unterstützen. D.h., interessierten Bürgern kann der elektronische Zugriff ermöglicht werden. Er verweist auf die noch zu klärende Problematik, dem interessierten Bürger zu vermitteln, ob der entsprechende B-Plan bereits rechtskräftig ist oder sich noch im Genehmigungsverfahren befindet. Hier sieht er die Gefahr einer möglichen Verunsicherung der Bürger sowie eines zusätzlichen personellen Aufwandes bzgl. der Bearbeitung abgegebener Stellungnahmen von Bürgern. Ebenfalls zu klären wäre die Frage, wer die Pflege der B-Plan-Einstellungen vornimmt. Fachlich gesehen, müsste diese im Stadtplanungsamt erfolgen. Dazu ist jedoch auch die entsprechende personelle Ausstattung erforderlich.

Abschließend informiert er, dass im Ergebnis der Diskussion Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Ausschuss StBV den 2. Satz des Antragstextes zurückgezogen hat, da die Umsetzung einer Serviceleistung ohne Rechtswirksamkeit zusätzlichen Aufwand hervorrufen würde.

Hinweis: Die entsprechende Antragsformulierung liegt als Änderungsantrag A0151/07/1 des Ausschusses StBV vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich dafür aus, dass die Bereitstellung von B-Plänen im Internet nicht vorgenommen wird, wenn diese eine Erhöhung des personellen bzw. finanziellen Aufwandes bedeutet.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, macht darauf aufmerksam, dass für die Information via Internet die Einstellung der Dokumente als bildschirmgeeignet gestaltet sein muss. Wenn dies nicht machbar sei, spricht er sich dafür aus, für ein erforderliches Herunterladen der Dokumente entsprechende Gebühren zu erheben.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf die Ausführungen in Absatz 2 der Stellungnahme und begründet seine Auffassung, die Bereitstellung von B-Plänen im Internet nicht nur von den Erfahrungen der Stadträte im Rahmen des Projektes „mandatos“ abhängig zu machen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Zielstellung der Beteiligung von Bürgern an B-Plan-Verfahren und hält die derzeitige Verfahrensweise für ausreichend. Für eine umfassende Information können die im Verfahren üblichen öffentlichen Veranstaltungen genutzt werden. Ein Herunterladen von B-Plänen von Bürgern hält er für unwahrscheinlich.

Im Ergebnis der Diskussion unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, zunächst Erfahrungen im Rahmen der Bereitstellung von B-Plänen über das Projekt „mandatos“ zu sammeln und in deren Auswertung über weitere Schritte nachzudenken.

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Antrag A0151/07 zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat mit 13 Ja-Stimmen einstimmig, den Antrag A0151/07 in der Fassung des Änderungsantrages des Ausschusses StBV zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Übersicht Umsetzung Stadtratsbeschlüsse Vorlage: A0129/07

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass es zum Antrag A0049/00 des Stadtrates Grünert, Fraktion DIE LINKE, einen entsprechenden Stadtratsbeschluss gibt.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass dieser Beschluss des Stadtrates nicht im Zusammenhang mit dem Anliegen des Antrages A0129/07 zu sehen ist, da er sich auf nicht erledigte Beschlüsse bezieht. Anliegen des Antrages A0129/07 ist es aufzuzeigen, wie die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates erfolgt.

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, regt an zu prüfen, ob die zu leistende Übersicht der Beschlussumsetzung ebenfalls papierlos erfolgen kann.

In seinen erläuternden Ausführungen informiert der Amtsleiter 13 Herr Wagner, dass der seit 2006 eingeführte session-Baustein „Beschlusskontrolle“ für den Oberbürgermeister und die Beigeordneten dazu dient, sich eine Übersicht über erledigte bzw. noch offene Beschlüsse zu schaffen. Im Weiteren geht er auf inhaltliche Schwerpunkte der Beschlusskontrolle ein und legt zur weiteren Verfahrensweise dar, dass zunächst mit der erstmaligen Informationsbereitstellung den Fraktionen eine komplette Übersicht der Beschlusskontrolle mit den unerledigten bzw. zukünftigen Terminen seit September 2006 zugeleitet wird. Danach erfolgt jeweils vierteljährlich eine ergänzende Ausreichung inklusive der schon verfristeten Termine.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass die Beschlusskontrolle ein Arbeitsmittel der Verwaltungsspitze ist und somit keine direkte Zugriffsmöglichkeit für die Stadträtinnen und Stadträte erfolgen kann. Er spricht sich dafür aus, den vorliegenden Antrag zu beschließen und im Sinne der Stellungnahme umzusetzen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0129/07 im Sinne der Stellungnahme in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Ehrung für Sophie und Hans Scholl
Vorlage: A0117/07

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass die Stellungnahme der Verwaltung dem Anliegen des Antrag A0117/07 gerecht wird. Er spricht sich positiv zur Einbeziehung des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus und regt an, die geplante gemeinsame Gedenkveranstaltung öffentlich durchzuführen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, begrüßt ebenfalls die Aktivitäten des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und legt seine Auffassung dar, dass so viele Schüler wie möglich an der Veranstaltung teilnehmen sollten.

Bezugnehmend auf das der Stellungnahme beigefügte Standortfoto kritisiert Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, den Zustand im Umfeld des Namensschildes und bittet darum, eine regelmäßige Säuberung des Umfeldes zu veranlassen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0117/07 im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen

Mit der Beschlussempfehlung zum Antrag A0117/07 erfolgt keine Abstimmung mehr zum Änderungsantrag A0117/07/1 der CDU-Fraktion.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6. Teilnahme am Pilotprojekt "Behördenrufnummer 115"
Vorlage: A0148/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 32 Herr Ehlenberger teil.

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, spricht sich lobend zur Stellungnahme der Verwaltung aus, da in dieser die Bereitschaft der Landeshauptstadt Magdeburg zur möglichen Projektteilnahme im Rahmen s.g. interessierter Modellregionen erklärt wird.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag A0148/07/1 der FDP-Fraktion, spricht er sich gegen eine Beschlussfassung aus, da dieser Änderungsantrag für ihn keine eindeutige Positionierung darstellt. Anliegen des Stadtrates sollte es sein, eine Teilnahme am Projekt zu beschließen.

Klarstellend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass sich die Stadt Magdeburg bereit erklärt, darüber zu reden und zu prüfen, ob eine einheitliche Behördenrufnummer sinnvoll ist und wie dieses Verfahren praktisch umgesetzt werden kann. Er informiert ergänzend über die von ihm mit Landesvertretern bisher geführten Gespräche.

Herr Ehlenberger legt erläuternd dar, dass seitens der Stadt Magdeburg bereits der erste Schritt im Bereich der Callcentertechnik unter Einbeziehung der Dezernate III und VI als städtisches Modellvorhaben erfolgt. In Auswertung der 18 bis 24 Monate dauernden Pilotphase erfolgt dann die Entscheidung zum weiteren Verfahren.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt die grundsätzliche Bereitschaft, entsprechende Gespräche mit dem Land zu führen und spricht sich dafür aus, eine endgültige Entscheidung zur Teilnahme am Pilotprojekt des Bundes erst nach Klärung aller offenen Fragen zu treffen. Er unterbreitet den Vorschlag, im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung die Beschlussempfehlung vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung den Änderungsantrag A0148/07/1 der FDP-Fraktion in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung erfolgt keine Abstimmung mehr zum Antrag A0148/07.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Satzung über das Verhalten im Alten Rathaus Vorlage: DS0529/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Fachdienstleiter 32.2 Herr Harnisch teil.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass auch in anderen städtischen Einrichtungen öffentliche Ausschusssitzungen stattfinden und wirft die Frage auf, inwieweit sich diese Satzung auch auf diese Einrichtungen erstrecken sollte.

In Beantwortung der Frage führt Herr Harnisch aus, dass zunächst Erfahrungen im Umgang mit vorliegender Satzung im Alten Rathaus gesammelt werden sollen. Wenn sich die Anwendung der Satzung bewährt, lassen sich deren Regelungen auch auf andere städtische Einrichtungen übertragen.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, spricht sich dafür aus, in der Satzungsbezeichnung nur den Begriff „Rathaus“ zu benennen, um die Satzung auch für weitere Gebäude der Verwaltung, wie das Neue Rathaus und Kroatenweg anwenden zu können.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, kritisiert das Fehlen einer Regelung, die Bürgern das Betreten des Sitzungssaales während der Pausen der Stadtratssitzungen untersagt.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass zur Durchsetzung einer solchen Regelung entsprechendes Ordnungspersonal bereitstehen muss und sich dieser personelle Aufwand schwierig gestaltet.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet den Vorschlag, im § 6 der Satzung den Absatz 1 um den Anstrich – Betreten des Sitzungssaales – zu ergänzen.

Dem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zu.

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS0529/07/1 des Ausschusses KRB und kritisiert, dass mit der vorgeschlagenen Streichung des Absatzes 3 im § 3 der Satzung die Möglichkeit für Einzelfallregelungen genommen wird. Dies bedeute im Umkehrschluss für ihn, dass auch der Stadtrat selbst keine Möglichkeit hat, z.B. gegen rechte Aktivitäten Protestbekundungen abzugeben. Er spricht sich gegen die Beschlussfassung zu dieser Änderung aus.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, macht bzgl. der von Stadtrat Stage angesprochenen Änderung erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Ausschusses KRB, hier eine Streichung des Absatzes vorzunehmen. Insbesondere verweist er darauf, dass im Ausschuss KRB Übereinstimmung gefunden wurde, sich im Rahmen einer Sondersitzung zur Geschäftsordnung im Februar 2008 genau mit dem Verhalten von Stadträten zu befassen und entsprechende Regelungen zu beraten.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, begründet seine Ablehnung hinsichtlich der im § 5 Abs. 2 aufgeführten Untersagung zur Mitführung von Hunden.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt dar, dass für ihn ein Zusammenhang zwischen den Regelungen der Satzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates besteht. Hierzu hält er eine Beratung des Stadtrates für sinnvoll und unterbreitet den Vorschlag, die vorliegende Drucksache in den Ausschuss KRB zu verweisen und diese im Zusammenhang mit der Geschäftsordnung zu beraten.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, spricht sich gegen eine Verweisung der Drucksache aus, da die Regelungen der Satzung sich auf das Verhalten von Besuchern beziehen. In der Sondersitzung des Ausschusses KRB soll es jedoch explizit um das Verhalten der Stadträte gehen und dies soll im Rahmen der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Stadtrates mit beraten werden.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Beschlussempfehlung zur Satzung aus.

Hinsichtlich der Untersagung zum Mitführen von Hunden legt er seine Auffassung dar zu unterscheiden, ob es sich um einen Besucher des Rathauses oder der Stadtratssitzung handelt.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, unterstützt ebenfalls die Beschlussempfehlung. Hinsichtlich der fehlenden Möglichkeit zur Bereitstellung von Ordnungspersonal zur Durchsetzung einer Untersagung des Betretens des Sitzungssaales verweist er darauf, dass seitens der Verwaltung ausreichend Personal zur Sitzung anwesend ist, die die Durchsetzung unterstützen könnten.

Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, warnt davor, die Regelungen der Satzung zu konkret zu untersetzen. Beispielsweise sieht er eine entsprechende Argumentation als schwierig an, Besuchern das Mitbringen von Getränken zu untersagen, wenn gleichzeitig der Vorstand und die Verwaltungsspitze während der Sitzung über Getränke verfügen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stimmt der Auffassung des Stadtrates Danicke zu und geht auch auf einige Beispiele ein. Er legt seine Auffassung dar, die Satzung zu reduzieren und nur die notwendigsten Regelungen aufzunehmen.

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, schließt sich ebenfalls dieser Auffassung an und führt aus, dass die Satzung umso angreifbarer sei, je konkreter die Formulierungen gewählt werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich dafür aus, zunächst Erfahrungen in Umsetzung der Satzung zu sammeln und auf der Grundlage dieser Erfahrungen mögliche Änderungen vorzunehmen.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die Erforderlichkeit zur Unterscheidung, ob das Verhalten von Besuchern der Stadtratssitzungen oder das Verhalten der Stadträte geregelt wird. Wichtig sei dabei, die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Die vorliegende Satzung bildet die Grundlage, um das Verhalten von Besuchern speziell von Stadtratssitzungen und Ausschussberatungen zu regeln.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die vorliegende Satzung als gut, sieht aber noch zwei Mängel. Zum einen sollte sich die Satzung auf das gesamte Rathaus beziehen und zum anderen sollte der Titel der Satzung dahingehend verändert werden darzustellen, dass es sich hierbei um die Regelung des Besucherverkehrs im Rathaus handelt.

Hierzu unterbreitet der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper den Vorschlag die Benennung in „Satzung über das Verhalten von Besuchern im Alten Rathaus“ zu ändern.

Dem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zu.

Im Ergebnis der in der Diskussion gegebenen Änderungshinweise erfolgt nachfolgender Änderungsantrag des Verwaltungsausschusses:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

1. Der **Titel der Satzung** ist zu ändern in:

Satzung über das Verhalten von Besuchern im Alten Rathaus

2. **Im § 6 Absatz 1** ist die Aufzählung wie folgt zu ergänzen:

- den Ratssaal zu betreten

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0529/07 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0529/07/1 des Ausschusses KRB und des Änderungsantrages DS0529/07/2 des Ausschusses VW in seiner Sitzung am 17. 01. 2007 zu beschließen.

- 6.2. Einführung leistungs- und/oder erfolgsorientierter Entgelte nach § 18 TVöD - gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungssicherung
Vorlage: I0212/07
-

Die Information wurde von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

- 6.3. Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden
Vorlage: I0312/07
-

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass einige der in der Information aufgeführten Mitgliedschaften sowie die Höhe von Mitgliedsbeiträgen hinterfragt werden können. Er informiert über die Vereinbarung mit dem Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz, die Mitgliedschaften noch einmal zu prüfen und kündigt an, im Ergebnis der Prüfung entsprechende Anträge einzubringen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet den Vorschlag, die von den Mitgliedschaften tangierten Fachausschüsse zu beauftragen Überlegungen dahingehend anzustellen, ob die Mitgliedschaften, die ihren geschäftsführenden Bereich der Verwaltung betreffen, tatsächlich erforderlich sind. Die Prüfergebnisse sind dann im Verwaltungsausschuss zu beraten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstützt die gegebenen Hinweise und legt ergänzend dar, dass eine entsprechende Information für den Stadtrat im Februar bzw. März 2008 erarbeitet wird.

Im Ergebnis der Diskussion empfiehlt der Verwaltungsausschuss den von den Mitgliedschaften tangierten Fachausschüssen, eine Empfehlung zu den Mitgliedschaften abzugeben.

6.4. Sachstand Ehrenamtspass - "Magdeburger FreiwilligenPass"
Vorlage: I0311/07

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.5. Konzept für eine Bürgerbeteiligung am Haushaltsplanungs- und
Haushaltsaufstellungsprozess in der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: DS0451/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0451/07 in seiner Sitzung am 17. 01. 2008 zu beschließen.

7. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Stadtrat Jens Ansorge i.V.f. SR Schwenke

Stadtrat Martin Danicke i.V.f. SR Lischka

Stadtrat Walter Meinecke i.V.f. SR Müller

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Herr Alfred Wagner

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Wigbert Schwenke